

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23

KEIN PLAGIAT

Gemeinsam handeln – Zukunft gestalten

Kooperationsvereinbarung zwischen
SPD, Bündnis 90/Die Grünen ~~und FDP~~, FDP und OB Bude
im Rat der Stadt Mönchengladbach
16. Ratsperiode von 2009 bis 2014

24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52

- 0** **Präambel**
- 1** **Arbeit und Wirtschaft**
- 2** **Soziales und Gesundheit**
- 3** **Kinder- und Jugendpolitik**
- 4** **Schule und Bildung**
- 5** **Kultur**
- 6** **Sport und Freizeit**
- 7** **Natur- und Klimaschutz**
- 8** **Stadtentwicklung**
- 9** **Verkehr**
- 10** **Haushalt und Finanzen**
- 11** **Personal, Verwaltung, „Konzern Stadt“**
- 12** **Rat, Ausschüsse, Gremien**
- 13** **Koalitionsregeln**

53

54

55 Mönchengladbach ist eine lebens- und liebenswerte Großstadt. Mit rund 265.000 Einwohnern
56 ist sie die größte Stadt am linken Niederrhein und hat für die Region eine oberzentrale
57 Bedeutung. Unsere Stadt hat große Potenziale, die es zu nutzen gilt, um auf die vielfältigsten
58 Herausforderungen der Zukunft die richtigen Antworten zu finden.

59

60 | Die Parteien von SPD, Bündnis 90/Die Grünen ~~und FDP, FDP und OB Bude~~ haben diese
61 Vereinbarung geschlossen, um in der kommenden Wahlperiode als Gestaltungsmehrheit
62 durch eine partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit die gemeinsamen Ziele für
63 unsere Stadt zu verwirklichen.

64

65 | SPD, Bündnis 90/Die Grünen ~~und FDP, FDP und OB Bude~~ ist es dabei sehr wichtig, die
66 Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher an allen Prozessen zur politischen Willensbildung
67 und der Fortentwicklung unserer Stadt zu beteiligen. Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude
68 stehensteht für eine offene und transparente Kommunalpolitik, deren Grundlage überprüfbare
69 politische Entscheidungen sind. Wir wollen die Information und Mitwirkungsmöglichkeiten
70 der Menschen in unserer Stadt verbessern, z. B. durch Stadtteilgespräche und
71 Bürgerversammlungen, die überparteilich durch die Verwaltung organisiert oder unterstützt
72 werden. Es ist für die Partner der Gestaltungsmehrheit und für OB Bude selbstredend, dass
73 diese Vereinbarung allen Bürgerinnen und Bürgern zur Kenntnis gebracht wird.

74

75 Wir wollen dem Vorwurf der Hinterzimmerpolitik und der Selbstbedienung in der
76 Kommunalpolitik offensiv entgegentreten. Die Mandatsträger der Gestaltungsmehrheit und
77 OB Bude verpflichten sich deshalb freiwillig, ihr Einkommen aus Aufwandsentschädigungen
78 von Rat oder Bezirksvertretungen, aus Tätigkeiten in Aufsichtsräten, Verwaltungsräten und
79 Beiräten städtischer Gesellschaften für Tätigkeiten im Rahmen des Mandates jährlich zu
80 veröffentlichen.

81

82 Auch die Auftragsvergabe der städtischen Gesellschaften muss transparenter werden. Bei
83 Auftragsvergabe ab einer noch festzulegenden Größenordnung muss der Aufsichtsrat von der
84 Geschäftsführung über den Auftragnehmer in Kenntnis gesetzt werden. Bei einer Vergabe an
85 Mitglieder des Rates, der Bezirksvertretungen oder des jeweiligen Aufsichtsrates ist der
86 Aufsichtsrat in jedem Fall über die Vergabe zu informieren.

87

88 Bürgerinnen und Bürger dürfen erwarten, dass in ihrer Stadt systematisch daran gearbeitet
89 wird, Stärken aus- und Schwächen abzubauen. Bei der defizitären Haushaltslage der Stadt
90 heißt dies aber natürlich auch: Wir müssen klare Prioritäten setzen und dies heißt, dass es
91 auch Bereiche geben wird, in denen Einschnitte künftig unvermeidlich sind.

92

93 Bildung hat für uns einen herausgehobenen Stellenwert bei der Gestaltung der Gegenwart und
94 der Zukunft unserer Stadt. Wir werden den Ausbau von Ganztagsangeboten an allen
95 Schulformen weiter vorantreiben und durch gut ausgestattete und leistungsfähige Schulen
96 bessere Lernbedingungen und Zukunftschancen für unsere Kinder schaffen.

97

98 Wir stehen für einen zielgerichteteren Einsatz der knappen Haushaltsmittel. Der fortlaufenden
99 Verschuldung zu Lasten späterer Generationen muss entschieden begegnet werden. Das
100 Investitionsprogramm der Stadt wird neu aufgesetzt: Weg von stadtteilbezogenen
101 Prestigeprojekten, hin zu nachhaltigen Maßnahmen, die mittelfristig zu einer Verbesserung
102 der Haushaltslage führen. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen der energetischen

103 Sanierung städtischer Immobilien. Weiterhin werden eine Stärkung der Wirtschaftsförderung
104 sowie ein Ausbau präventiver Maßnahmen im Jugendhilfebereich angestrebt.

105

106 Wir wollen die Stadt zu einem verlässlichen Partner nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger,
107 sondern auch für ansässige Unternehmen und Investoren machen. Nur so können wir
108 Arbeitsplätze für mehr Menschen in Mönchengladbach schaffen. Eine Senkung der
109 Gebührenlast ist deshalb eins der übergeordneten Ziele der Gestaltungsmehrheit und OB
110 Budes. Eine Anhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer im Laufe der Wahlperiode
111 schließen wir definitiv aus.

112

113 Wir wollen durch Energieeffizienz und CO²- Reduzierung den Beitrag der Stadt deutlich
114 erhöhen, um dem Klimawandel entgegen zu wirken.

115

116 Zu unseren wichtigsten Zielen gehören darüber hinaus:

117

- 118 • für die Stadt Handlungsspielräume zu nutzen, die sie unabweisbar benötigt, um sich aus
119 eigener Kraft weiterzuentwickeln;
- 120 • das Absinken der Bevölkerungszahl zumindest zu verlangsamen, am besten jedoch zu
121 stoppen;
- 122 • durch attraktive Bedingungen für Unternehmen neue Arbeitsplätze zu gewinnen;
- 123 • Mönchengladbach als saubere und sichere Stadt des Füreinanders weiterzuentwickeln;
- 124 • unser kulturelles und sportliches Angebot weiter zu profilieren und zu stärken;
- 125 • Mönchengladbach zur Schonung von Ressourcen und Steigerung der Lebensqualität von
126 innen nach außen zu entwickeln;
- 127 • die soziale Tradition und das reichhaltige bürgerschaftliche Engagement in
128 Mönchengladbach zu erhalten und zu fördern;
- 129 • zahlreiche Antworten für viele Zukunftsfragen auf der Grundlage der Ergebnisse des
130 Projektes „MG 2030“ zu finden.

131

132

133 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude wollen ~~will~~ den Strukturwandel in Mönchengladbach
134 aktiv begleiten. Kommunale Handlungsspielräume sollen dabei besser als bisher ausgeschöpft
135 werden, um den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze für Frauen
136 und Männer gleichermaßen zu fördern. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir eine
137 kommunale Wirtschaftsförderung, die bestehende Arbeitsplätze erhält, neue schafft und die
138 Standortbedingungen für Unternehmen verbessert. Neben der Neuansiedlung von
139 Unternehmen werden wir auch die Begleitung und Erweiterung der in dieser Stadt bereits
140 befindlichen Unternehmen weiter stärken. Wir wollen der kommunalen Wirtschaftsförderung
141 mehr Flexibilität verschaffen. Dazu können die Verknüpfung mit der Hochschule
142 Niederrhein, der Entwicklungsgesellschaft der Stadt Mönchengladbach (EWMG) und der
143 Wirtschafts-förderung Mönchengladbach (WFMG) sowie eine Förderprogrammkoordination
144 gehören.

145 Die WFMG wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

146 Die Stadt wird an der Hochschule ein Existenzgründungszentrum einrichten und die Projekte
147 mit Übergangsnutzungen durch Künstler und Existenzgründer wie das Projekt „Raum auf
148 Zeit“ weiter ausbauen.

149

150 Bei der Ansiedlung neuer Firmen oder Erweiterungen bestehender Firmen wollen wir positive
151 Gesamtauswirkungen für unsere Stadt berücksichtigen. Wir sind deshalb bereit, eine
152 Reduzierung der Preise für Gewerbegrundstücke anzubieten. Bei Grundstücksverkäufen ~~wird~~
153 ~~die—Gestaltungsmehrheit—werden die Gestaltungsmehrheit und OB Bude~~ ein
154 gesamtwirtschaftliche Betrachtung beauftragen, in der neben einem Verkaufspreis die zu
155 erwartenden Steuereinnahmen wie Grunderwerbssteuern, Grundsteuern und Gewerbesteuern
156 sowie die Anzahl und die Qualität der zu schaffenden und zu sichernden Arbeitsplätze
157 eingearbeitet werden. Mit einer solchen Hilfe können Entscheidungen über mögliche
158 Grundstücksverkäufe auf einer neuen Basis gefällt und eventuelle Handlungsspielräume
159 aufgedeckt werden.

160

161 Mönchengladbach braucht weitere Gewerbeflächen. Wir wollen deswegen die Umwidmung
162 von bisher ausgewiesenen Wohngebieten zu Gewerbeflächen im Nordpark vornehmen.
163 Darüber hinaus wollen wir insbesondere im Norden und Nordosten der Stadt zusätzliche
164 Gewerbegebiete ausweisen. Wir werden prüfen, ob das Gelände der jetzigen Trabrennbahn in
165 einen Gewerbepark umgewandelt werden kann.

166

167 Der Einzelhandel soll besonders in den Innenstadtbereichen durch Verlegung stark
168 frequentierter städtischer Einrichtungen direkt an die Einkaufsstraßen gestärkt werden. Hierzu
169 kommen in Mönchengladbach die Stadtbibliothek und in beiden Innenstädten Bürger-Service-
170 Center in Frage. Wir brauchen darüber hinaus in den beiden Innenstädten ein funktionierendes
171 Quartiersmanagement.

172

173 Ein besonderes Anliegen ist die Verbesserung der Chancen von Jugendlichen auf dem
174 Arbeitsmarkt. Keine Schulabgängerin und kein Schulabgänger darf ohne
175 Ausbildungsmöglichkeit oder Berufsperspektive bleiben. Die Kommune beteiligt sich
176 gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften aktiv an dem Ausbildungspakt für
177 Mönchengladbach. Dabei sind die kommunalen Unternehmen in einer besonderen
178 Verantwortung. Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich ein
179 Personalentwicklungskonzept vorzulegen, das insbesondere die Interessen der jungen
180 Menschen berücksichtigt.

181

182

183 | Die Gestaltungsmehrheit~~Gestaltungsmehrheit~~ und OB Bude setzen setzt sich für eine Stadt
184 ein, in der die Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten erhalten, aktiv am
185 gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Sie sieht es als ihre Verpflichtung an, dafür zu sorgen,
186 dass über soziale Pflichtleistungen hinaus ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit geleistet
187 wird. Darunter verstehen ent die Gestaltungsmehrheit und OB Bude insbesondere die folgenden
188 Punkte:

189

190 Wir halten am Subsidiaritätsprinzip als einer zentralen Säule der sozialen Tradition
191 Mönchengladbachs fest; dies schließt einen fairen, transparenten Wettbewerb und eine
192 regelmäßige Überprüfung der Qualitätsstandards ein. Die bestehenden Bildungs- und
193 Beratungsstellen sowie die Angebote der freien Träger sind für uns wichtige und
194 unverzichtbare Eckpfeiler der kommunalen Sozialpolitik. Wir halten am bewährten Abschluss
195 von Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege fest und werden
196 überprüfen, inwieweit diese Praxis auf weitere Bereiche der kommunalen Sozialpolitik
197 übertragen werden kann.

198

199 | Die ~~Gestaltungsmehrheit~~ Gestaltungsmehrheit und OB Bude setzen sich deshalb für den
200 Erhalt der vorhandenen Selbsthilfeprojekte ein. Wir sichern den Fortbestand für
201 Frauenhäuser und Gewaltschutzkonzepte zu.

202

203 Das soziale Ehrenamt hat in Mönchengladbach Tradition und große Bedeutung für die
204 Gemeinschaft. Deshalb werden wir die Arbeit unterstützen. Dies gilt insbesondere für den
205 Bereich der Jugendarbeit. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, dieses freiwillige
206 Engagement durch Bereitstellung personeller und räumlicher Ressourcen zu unterstützen.

207

208 Für viele Arbeitssuchende und ihre Angehörigen ist der Alltag eher von Ausgrenzung
209 gekennzeichnet. Wir treten deshalb dafür ein, alle Möglichkeiten zu nutzen, die
210 Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das bestehende Angebot zur Förderung und Beratung
211 Arbeitsloser werden wir daher absichern.

212

213 Arbeitssuchende und ihre Familien brauchen soziale Teilhabe. Bildungs- und
214 Beschäftigungsangebote müssen erhalten und entwickelt werden. Dabei setzen wir
215 insbesondere auf die bewährte Kooperation mit den freien Trägern in Mönchengladbach. Die
216 Umzugspraxis für Haushalte, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II erhalten, und
217 deren Folgen werden unabhängig sozialwissenschaftlich untersucht. Der Konzentration
218 bedürftiger Haushalte in bestimmten Sozialräumen der Stadt wollen wir entgegenwirken.

219

220 Weiter wollen wir die Einrichtung privater Fonds zur Förderung individueller sozialer
221 Projekte unterstützen, z.B. bei der Einrichtung sozialer Stiftungen.

222

223 Wir wollen eine fundierte Sozialplanung, die unter anderem Jugendhilfeplanung,
224 Gesundheitsberichtserstattung, Schul- und Kindergartenentwicklungsplanung beinhaltet und
225 damit passende Angebote ermöglicht. Deshalb streben wir die Zusammenlegung der
226 Zuständigkeit für Bildung und Jugend im Bereich der Verwaltung an.

227

228 Gerade Menschen mit geringem Einkommen sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen.

229 | Die Gestaltungsmehrheit~~Gestaltungsmehrheit~~ und OB Bude unterstützt daher die Einführung
230 eines Sozialtickets unter der Voraussetzung, dass sie sowohl für die Stadt als auch die
231 Stadtparte der Niederrheinische Versorgung und Verkehr (NVV) AG kostenneutral unter

232 Einbeziehung eines Großkundenrabatts beim Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) erfolgen
233 kann. Die Vertreter der Stadt beim VRR werden deshalb aufgefordert, sich für die
234 Wiedereinführung eines Großkundenrabatts für das Sozialticket einzusetzen.

235
236 Die Politik erschließt sich Sachverstand, indem sie engagierte Bürgerinnen und Bürger
237 beteiligt. Bei Spielplätzen oder Skaterbahnen hilft die Beteiligung von Kindern und
238 Jugendlichen, die Attraktivität von öffentlichen Angeboten für diese Zielgruppen zu
239 verbessern. Deswegen wird die Verwaltung beauftragt, diese und weitere Formen der aktiven
240 Bürgerbeteiligung darzustellen. Wir werden in der vor uns liegenden Ratsperiode
241 verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung erproben und verankern.

242
243 Der Integrationsrat hat in den letzten Jahren auf dem Feld der Integration sehr gute Arbeit
244 geleistet und sich bewährt. Die Gestaltungsmehrheit Gestaltungsmehrheit und OB Bude
245 wollen deshalb den Integrationsrat unverändert bestehen lassen.

246
247 Wir brauchen für Mönchengladbach einen Integrationsbericht, der die Lebenssituation von
248 Migrantinnen und Migranten beschreibt. Aufbauend auf den Ergebnissen des
249 Integrationsberichtes soll ein Integrationskonzept erarbeitet werden, das z. B. einen
250 Schulbericht, die Förderung älterer Menschen mit Migrationshintergrund sowie die
251 Integration von Migrantenkindern beinhaltet. Die Betreuungs-, Beratungs- und
252 Begegnungsangebote insbesondere für junge Migrantinnen und Migranten müssen deutlich
253 ausgebaut werden.

254
255 Die räumliche Situation des Ausländeramtes ist für Besucher und Mitarbeiter nicht mehr
256 zumutbar. Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstens Abhilfe zu schaffen und geeignete
257 Maßnahmen vorzuschlagen.

258
259 Die räumliche und soziale Integration von Menschen mit Behinderungen werden der die
260 Gestaltungsmehrheit und OB Bude in den nächsten Jahren besonders wichtig sein. Hierzu soll
261 die regelmäßige Berichterstattung des Behindertenbeauftragten im Sozialausschuss des
262 Stadtrates erfolgen.

263
264 Wir werden eine Zielvereinbarung für die Realisierung einer barrierefreien Stadt schließen.
265 Die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen, die im Verantwortungsbereich der Stadt
266 liegen, wird zügig vorangetrieben.

267
268 Pflegebedürftige und ältere Menschen sollten möglichst lange eigenständig und
269 eigenverantwortlich im eigenen Wohnbereich wohnen können. Dies erfordert
270 seniorengerechte Wohnformen und den Ausbau haushaltsnaher Unterstützung. Hier sehen wir
271 eine besondere Aufgabe der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

272
273 Wir setzen uns für den Ausbau und die Verbesserung der häuslichen Pflege ein und wollen
274 die Arbeit der Pflegestützpunkte erhalten.

3 Kinder- und Jugendpolitik

275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324

Kindern und Jugendlichen eine selbst bestimmte Zukunft zu ermöglichen, bedeutet die Schaffung von gleichen Bildungschancen, die Erfahrung von Zuneigung und Zugehörigkeit und ein Umfeld, in dem sie sich sicher und wohl fühlen.

Die ~~Gestaltungsmehrheit~~Gestaltungsmehrheit und OB Bude sieht es als eine wichtige Aufgabe an, die Startvoraussetzungen der jungen Generationen in einem frühen Stadium zu verbessern. So ist die Ganztagsbetreuung nicht nur eine Chance, Eltern einen Zugang zum Beruf und damit zu einem gesicherten Einkommen zu verhelfen, sondern auch ein Umfeld für Kinder zu schaffen, in dem sie umfassende soziale und sprachliche Kompetenz erwerben können.

Den Ausbau der Ganztagsangebote wollen wir für alle Schulformen erreichen. Wir sind uns einig, dass der Ausbau von OGATA-Angeboten aus Kostengründen nicht an einzügigen Grundschulen erfolgen soll. Kein Kind soll im Rahmen der Ganztagsbetreuung vom Mittagessen ausgeschlossen werden. Die Beiträge sollen abhängig von der wirtschaftlichen Situation der Eltern gestaltet werden.

Unser Ziel ist es, in dieser Ratsperiode einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren deutlich voran zu treiben. Ebenso wollen wir ein bedarfsgerechtes Angebot an Kita-Plätzen. Dabei sollen flexiblere und längere Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen angestrebt werden.

Wir unterstützen die Einrichtung von Betriebskindergärten, weil sie im gemeinsamen Interesse von Beschäftigten mit Kindern und Arbeitgebern sind und zusätzliche Flexibilität schaffen. Die Angebote sollen regelmäßig auf ihre Qualität überprüft werden.

Wir sind für bezahlbare Kindergartenplätze und streben mittelfristig den Abbau von Elternbeiträgen an. Dafür fordern wir einen erheblichen Finanzierungsbeitrag des Landes ein.

Auch der Bedarf an Kindertagespflege ist gestiegen. Wir wollen den zügigen Ausbau des Angebotes entsprechend dem Kinderförderungsgesetz bis 2013.

Die ~~Gestaltungsmehrheit~~Gestaltungsmehrheit und OB Bude setzen sich für die Schaffung eines pluralen Angebotes an Kita-Einrichtungen aller Trägergruppen ein, damit Eltern zwischen unterschiedlichen Grundrichtungen der Erziehung wählen können. Alle Kinder in Mönchengladbach sollen drei Jahre lang eine Kita besuchen können. Wir wollen dies durch eine direkte Ansprache und durch die gezielte Beratung der Eltern erreichen. Deshalb soll zukünftig an alle Eltern ein Informationsschreiben der Verwaltung gerichtet werden, in dem auf alle Angebote aufmerksam gemacht wird.

Wir werden weitergehende präventive Maßnahmen im Familien-, Kinder- und Jugendbereich als Frühwarnsystem ausbauen. Durch die präventive Arbeit werden künftige Kosten für spätere Heimeinweisungen oder andere Hilfen zur Erziehung in erheblichem Maße vermieden. Hierzu soll von der Verwaltung ein Präventionskonzept erarbeitet werden und eine zeitnahe Umsetzung dessen erfolgen.

Die ~~Gestaltungsmehrheit~~Gestaltungsmehrheit und OB Bude ~~ist~~sind sich einig, dass eine wachsende Kinderarmut nicht hinnehmbar ist. Deswegen wird sie in Abstimmung mit den

325 Wohlfahrtsverbänden ein Konzept erarbeiten, wie dieser im Rahmen der kommunalen
326 Möglichkeiten entgegen gewirkt werden kann.
327
328 Nichtkommerzielle, pädagogisch sinnvolle und attraktive Jugendfreizeitangebote sollen
329 gefördert werden. Hierzu soll auch ein Freizeitstättenbedarfsplan erstellt werden.

330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376

Vor dem Hintergrund der Veröffentlichung von Studien über die Bildungssituation in Deutschland setzen sich die Gestaltungsmehrheit und OB Bude für das Konzept eines bedarfsgerechten Ausbaus der Ganztagschule für alle Schulformen ein. Wir wollen zusätzliche Freizeitbereiche an Schulen schaffen.

Die verstärkte Investition in Gebäudesanierung und die zeitgemäße, angemessene Ausstattung der Unterrichtsräume wird vorgenommen. Nicht mehr ausreichend nachgefragte Schulstandorte werden geschlossen. Die so eingesparten Unterhaltskosten sind ebenso wie eine eventuelle Vermarktung der Standorte als Teil einer Gegenfinanzierung der Investitionen heranzuziehen.

Bis zu einer grundlegenden Schulreform wollen die Gestaltungsmehrheit und OB Bude alle kommunalen Handlungsmöglichkeiten nutzen, um Schulen zu modernisieren, Schulen in ihrer Selbstverwaltung zu unterstützen und Integration zu fördern.

Damit Grundschulen dauerhaft leistungsfähig sind und effizient betrieben werden können, sollen sie dauerhaft mindestens zweizügig sein. Kleinere Systeme verhindern die gleichmäßige Lehrerversorgung in der Stadt, da sie sehr personalintensiv sind. Ausnahmen von der Mindestzügigkeit sollen in den Außenbezirken möglich sein.

Die Hauptschulen in Mönchengladbach sollen mindestens zweizügige Eingangsklassen bilden. Wir werden die Anzahl der Hauptschulen in Mönchengladbach – unter Beachtung von zusätzlichen Gesamtschulplätzen - bereits zum kommenden Schuljahr reduzieren, damit ein sinnvolles Differenzierungsangebot erfolgen kann. Wir setzen unmittelbar nach Beschluss der Gestaltungsmehrheit und OB Bude eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung und Politik ein, um noch vor Beginn der Anmeldephase einen entsprechenden Beschluss im Schul- und Bildungsausschuss und Stadtrat zu erreichen.

Auch für Gymnasien und Realschulen gilt: Sie brauchen für einen effizienten und aufgabengerechten Betrieb eine Mindestzügigkeit. Diese sollte nach Auffassung der Gestaltungsmehrheit und OB Bude bei drei Zügen liegen.

Wir werden aufgrund des eindeutigen Elternwillens bereits zum kommenden Schuljahr zusätzliche Gesamtschulplätze schaffen. Die Bildung einer 6. Gesamtschule zum kommenden Schuljahr ist aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Das Angebot an zusätzlichen Plätzen für das kommende Schuljahr soll von der bereits zum Thema Hauptschule angesprochenen Arbeitsgruppe so rechtzeitig vorgelegt werden, dass noch vor Beginn der Anmeldephase für die Gesamtschulen ein Beschluss von Schulausschuss und Rat gefasst werden kann. Diese Arbeitsgruppe soll auch für die Gesamtschule ein Konzept ausarbeiten, wie ab dem Schuljahr 2011/2012 an weiteren Standorten Gesamtschulplätze eingerichtet werden können.

Der Hochschulstandort Mönchengladbach muss gestärkt und ausgebaut werden. Wir setzen uns für die Schaffung zusätzlicher Studienplätze ein. Wir unterstützen und begleiten die Ausbauplanung der Hochschule. Dabei ist die Schaffung eines tatsächlichen Campus-Geländes ein vorrangiges Ziel.

377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405

Auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel will-wollen die Gestaltungsmehrheit und OB Bude die Vielfältigkeit des bestehenden kulturellen Angebotes in Mönchengladbach sichern und erhalten. Dabei legen wir Wert darauf, dass das Gebot der Sparsamkeit und Effizienz auch in der Kulturpolitik berücksichtigt wird.

Das gilt insbesondere für die Vereinigten Städtischen Bühnen. Wir wollen den Erhalt des Gemeinschaftstheaters mit allen Sparten sicherstellen. Die beschlossene Überprüfung der komplizierten Gesellschaftsstrukturen mit dem Ziel der Schaffung einfacherer und wirtschaftlich effektiverer Strukturen bei gleichzeitiger Erhaltung der Qualität unterstützen wir ausdrücklich.

Für die Stadtbibliothek Mönchengladbach wird in zentraler Lage und mit einer aus dem Stadtraum erlebbaren Gestaltung ein neuer Standort geschaffen. Wir wollen eine für eine Großstadt angemessene Ausstattung und ein ausreichendes Raumangebot.

Wir brauchen ein Leitbild für die Kultur, das die Alleinstellungsmerkmale Mönchengladbachs fokussiert. Wir bringen zeitnah ein Kulturentwicklungskonzept auf den Weg.

Wir wollen den Bereich der freien Kultur stärker fördern.

Die Standortfrage des BIS-Zentrums wird bis 2011 geklärt.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Klärung von Fragen, die sich im Zusammenhang mit Erbschaften an die Stadt ergeben, Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Aus dem Verkaufserlös der Villa Hecht wollen wir eine Bürgerstiftung gründen. Die Verwaltung soll die Voraussetzungen für die Gründung schnellstmöglich schaffen.

406

407

408 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude sind ~~ist~~ sich einig, dass der Breitensport eine
409 zunehmende Bedeutung für die Menschen in unserer Stadt hat. Der Breitensport erfüllt
410 wichtige Aufgaben für sinnvolle Freizeitgestaltung, für den sozialen Zusammenhalt, für die
411 Integration und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in der Sportstadt
412 Mönchengladbach. Insofern ist es gemeinsames Ziel, die vorhandenen Sportanlagen zu
413 erhalten und die notwendigen Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen durchzuführen. Dabei
414 wollen wir primär den Bestand sichern und wo notwendig, bedarfsgerecht ausbauen.
415 Grundlage hierfür sind der Sportstättenentwicklungsplan und der „Masterplan für den Sport“.

416

417 Das Pahlkebad wird umgehend saniert.

418

419 Mönchengladbach muss nach unserer Vorstellung für die nächsten Jahre dem Anspruch als
420 Sportstadt mit überregionaler Bedeutung auch künftig gerecht werden und dafür notwendige
421 Maßnahmen in die Wege leiten und fördern.

422

423 Wir wollen die Jahnhalle modernisieren und prüfen, ob eine Kapazitätserweiterung möglich
424 ist. Geprüft werden soll auch, ob unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten (vor allem Energie-
425 und Unterhaltungskosten) ein Neubau vertretbar ist.

426

427 Die Möglichkeit der Umwidmung einer bestehenden Schule zu Gunsten eines Sportinternates
428 soll durch die Verwaltung geprüft werden.

429

430 Kommunale Sportpolitik muss den Vereinen und Organisationen Handlungs- und
431 Planungssicherheit gewährleisten. Hierzu benötigen die Sportvereine materielle Unterstützung
432 von Landes- wie von Kommunalseite.

433

434 Die Übernahme des Betriebs und der Pflege von Sportstätten durch Vereine wollen wir weiter
435 fördern.

436

437 Die dem Stadtsportbund angeschlossenen Vereine nutzen weiterhin die Sportstätten kostenlos.

438

439 Zur effizienten und gerechten Nutzung von Sportanlagen und Hallen entwickelt die
440 Verwaltung geeignete Regelungen.

441

442 Die Möglichkeiten des eigenständigen Ausbaus der Sportanlage von Vereinen werden
443 unterstützt.

444

445 Wir setzen uns für eine Ausweitung der Sportangebote für ältere Mitmenschen ein. Für die
446 Errichtung eines sogenannten Seniorensportplatzes als Pilotprojekt wird ein geeigneter Ort
447 gesucht.

448

449 Wir wollen den wetterfesten Ausbau und die Ausleuchtung der vorhandenen beiden
450 Joggingstrecken Rheydt und Mönchengladbach.

451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487
488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500

Nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet, den Belangen des Natur- und Klimaschutzes eine zentrale Bedeutung beizumessen und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen nicht nachrangig, sondern mit Priorität zu behandeln.

Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude wollen deshalb das Klimaschutzkonzept der Stadt Mönchengladbach unter Einbeziehung der Fördermittel zügig und ohne zeitliche Verzögerung umsetzen.

Die Stadt Mönchengladbach wird über noch mindestens 100 Jahre Hauptgeschädigte der Auswirkungen der Tagebaue Garzweiler I und II sein. Eine der wesentlichen Kontrollmöglichkeiten für die Wirksamkeit der wasserwirtschaftlichen Gegenmaßnahmen ist das Monitoring. Die Stadt hat sich hier eine meinungsbildende Vorreiterrolle erkämpft und ist hochrangiger Akteur. Gerade vor dem Hintergrund des näher rückenden Tagebaus ist eine aktive und richtungweisende Teilnahme der Stadt in der personellen und fachkundigen Ausstattung langfristig sicherzustellen.

Wir wollen die konsequente Verankerung von Energieeinsparung an städtischen Gebäuden in der Finanzplanung der Stadt. Die Bevorzugung klimafreundlicher Techniken bei der Sanierung von Gebäuden und vorbildlicher Einsatz von erneuerbaren Energien wie Solar- und Erdwärme in Verbindung mit Wärmepumpen sowie Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollen Standard werden.

Wir werden einen Wettbewerb „Preis für vorbildlich energiebewusstes Bauen“ zur Steigerung der Bereitschaft von Unternehmen und privaten Bauherren, ebenfalls vorbildliche Techniken einzusetzen, ausloben.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen prüfen, ob auf dem Gebiet der Stadt Mönchengladbach mit Hilfe der Stadtverwaltung eine weitere Solarsiedlung errichtet werden kann.

Der Hochwasserschutz ist konsequent einzuhalten. Dabei gilt: Wir wollen die vorrangige Anlage von Retentionsflächen zum Schutz vor Überflutungen bei Starkregenereignissen in Mönchengladbach. Neben dem Hochwasserschutz dienen sie auch dem Schutz von Flora und Fauna.

Die Stadtverwaltung wird bei anstehenden Verlängerungen und Abschlüssen von Pachtverträgen städtischer Flächen die Pächter zur gentechnikfreien Nutzung verpflichten.

Wir setzen uns für die berechtigten Interessen der Anlieger des „Eisernen Rheins“ ein und fordern den bestmöglichen Lärmschutz entlang jeder möglichen Trasse als Voraussetzung für deren Realisierung.

Wir unterstützen die Einführung von Freilaufflächen für Hunde in Mönchengladbach, weil gegenseitige Rücksichtnahme und artgerechte Tierhaltung kein Gegensatz sind.

Wir stehen für die Vernetzung des innerstädtischen Grüns. Ausgleichsmaßnahmen sind nach Möglichkeit im jeweiligen Stadtbezirk zu realisieren.

501 Wir wollen die Sauberkeit und die Aufenthaltsqualität in Mönchengladbach deutlich
502 verbessern.

503 **8 Stadtentwicklung**

504
505 Die Zukunft Mönchengladbachs liegt in der Entwicklung von innen nach außen.
506

507 Wachstum darf nicht länger an den Rändern stattfinden, während die Entwicklung der Zentren
508 stagniert. Deshalb lehnen wir die Ausweisung neuer großflächiger Baugebiete in den Außen-
509 bezirken ab. Eine Umwidmung von Landschaftsschutzgebieten in Bauland und die
510 Erschließung neuer Baugebiete sollten daher nur bei unabweislichem Bedarf im
511 Ausnahmefall erfolgen.

512
513 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude hält es für notwendig, für Mönchengladbach einen
514 städtebaulichen Masterplan auf der Basis der Ergebnisse des Forschungsprojektes „MG 2030
515 – auf dem Weg zur aktivierenden Stadt“ zu entwickeln.

516
517 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude will externen Sachverstand bewusst in die
518 Stadtentwicklung einbeziehen. Der Rat eines Gestaltungsbeirates im Bereich von Bauen und
519 Planen kann helfen, die Gestaltung des öffentlichen Raumes in unserer Stadt zu verbessern.
520 Deswegen werden wir einen Gestaltungsbeirat einrichten, an dem insbesondere die
521 Architekten in unserer Stadt beteiligt werden sollen. Er wird mit dem Planungs- und
522 Bauausschuss und der Verwaltung politisch vernetzt. Der neue Rat wird keine
523 Innenstadtkommission bilden.

524
525 Bei der Umsetzung öffentlicher Planungen oder im Verkehr wollen wir die Bedürfnisse
526 älterer Menschen frühzeitig berücksichtigen.

527
528 Der Strukturwandel in Mönchengladbach bedeutet für die zukünftige Stadtentwicklung nicht
529 nur die Aufarbeitung von Problemen, sondern bietet auch einmalige Chancen, wie die
530 Entwicklung des Nordparks zeigt.

531
532 Die Nachnutzung des Joint Headquarter (JHQ) der Britischen Streitkräfte stellt eine der
533 größten und zugleich spannendsten Herausforderungen dar, der sich die Stadt
534 Mönchengladbach in den kommenden Jahren zu stellen hat. Der Nutzungsdruck in
535 Mönchengladbach für die „klassischen Handlungsfelder“ der Stadtentwicklung, wie
536 Büros/Dienstleistungen, Gewerbe und Industrie oder Wohnen ist derzeit (und auch zukünftig)
537 gering. Für diese Nutzungen sollen vorrangig andere Flächen im Stadtgebiet entwickelt
538 werden.

539
540 Die Frage nach großflächiger Einzelhandelsnutzung stellt sich in Anbetracht der städtischen
541 Bemühungen für ihre Zentren derzeit nicht. Der Umgang mit dem Freiwerden dieser mehr als
542 400 Hektar umfassenden Fläche im Stadtgebiet erfordert unter dem genannten Blickwinkel
543 den Einsatz innovativer Planungsinstrumente, die die Gegebenheiten und Rahmenbedingun-
544 gen für eine Konversion derartiger Größenordnung aufgreifen und den Weg in eine nachhal-
545 tige, robuste und zukunftssträchtige Nutzungs- und/oder Rückbaustrategie aufzeigen. Ein
546 | geeigneter Weg liegt für die Gestaltungsmehrheit und OB Bude in der Durchführung einer
547 offenen europaweit ausgeschriebenen Perspektiven- und Zukunftswerkstatt, die in
548 Kooperation mit der Stadtverwaltung, dem Regionalrat, dem Land, dem Bund und der EU ein
549 Konzept erarbeiten wird.

550

551 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude verpflichten~~t~~ sich, das Einzelhandelskonzept der Stadt
552 Mönchengladbach einzuhalten.
553
554 Die Gestaltungsmehrheit ist sich darüber einig, dass eine Zustimmung zum HDZ auf der
555 Grundlage der Konzeptvorstellungen der Bewerber erreicht werden kann.
556
557 Wir werden das Rheydter Innenstadtkonzept im Zusammenwirken mit Bürgerschaft, Handel
558 und Gewerbe zügig umsetzen. Die erforderlichen Mittel müssen im Haushalt der Stadt
559 bereitgestellt und die erforderlichen öffentlichen Mittel des Landes bzw. des Bundes sowie
560 EU – Mittel eingeworben werden. Für den Hbf Rheydt wird ein tragfähiges Nutzungskonzept
561 entwickelt und umgesetzt.
562
563 Wir werden prüfen, ob und in welchen Bereichen einem sozialen Abstieg von Wohnvierteln
564 durch Quartiersmanagement begegnet werden kann.
565
566 Für das Gelände des ehemaligen Freibades Giesenkirchen wollen wir mit Beteiligung der
567 Bürgerschaft ein Konzept zur Umgestaltung entwickeln.

568
 569
 570
 571
 572
 573
 574
 575
 576
 577
 578
 579
 580
 581
 582
 583
 584
 585
 586
 587
 588
 589
 590
 591
 592
 593
 594
 595
 596
 597
 598
 599
 600
 601
 602
 603
 604
 605
 606
 607
 608
 609
 610
 611
 612
 613
 614
 615
 616
 617
 618

Die Gestaltungsmehrheit setztGestaltungsmehrheit und OB Bude setzen sich für die Stadt der kurzen Wege ein, in der Wohnen, Arbeit und Freizeit zusammengeführt werden. Das setzt ein funktionierendes Straßenverkehrsnetz, eine optimale Anbindung an den Personennahverkehr und die Verbesserung des Radverkehrs voraus. Mönchengladbach muss endlich eine fahrradfreundliche Stadt werden. In der Stadtverwaltung wollen wir die Stelle eines Radverkehrsbeauftragten schaffen.

Die Verkehrsentwicklungsplanung und das Verkehrssystemmanagement sollen unter Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für Mönchengladbach vorangetrieben werden.

Die zur Ausführung kommenden Verkehrsprojekte in Mönchengladbach – auch die anderer Träger als der Stadt – und deren geplanter Ablauf sind öffentlich darzustellen, beispielsweise im Internet. Ebenso muss der von der Verwaltung erstellte und fortlaufend aktualisierte Straßenzustandsbericht öffentlich zugänglich sein.

Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude sind ist sich einig, den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) mit hoher Priorität zu beraten und im ersten Halbjahr 2010 zu verabschieden. Dabei orientieren sich die Gestaltungsmehrheit und OB Bude am Zielkonzept des VEP.

Wir sind der Meinung, dass eine gute Verkehrs-Infrastruktur ein positiver Standortfaktor ist. Deshalb sind wir bereit, uns sowohl mit einer funktionsfähigen Ausgewogenheit unter den Verkehrsteilnehmern wie auch mit berechtigten Anwohnerinteressen an Verkehrsstrassen auseinanderzusetzen.

Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude haben~~hat~~ festgestellt, dass die Verkehrsprobleme im Mönchengladbacher Osten auf den vorhandenen Straßen nicht lösbar sind. Auf Grund der empfindlichen Naturräumlichkeit ist die Trassenführung auf der alten A 44-Route zur Lösung der Verkehrsprobleme nicht geeignet.

Wir fordern eine fahrradfreundliche Stadtplanung und den Ausbau sowie die Sanierung des Radwegenetzes in Mönchengladbach. Am Hbf Mönchengladbach wird eine Fahrradstation eingerichtet. Die Fahrradstation am Hbf Rheydt wird ausgebaut. Am S-Bahnhof Lürrip soll ein gesicherter Fahrradabstellplatz eingerichtet werden.

Wir wollen die Sicherung des Angebotes im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Dazu gehört die qualitative und quantitative Verbesserung des Busangebotes. Neben der Aufenthaltsqualität an Haltestellen und Service muss das Beförderungsangebot am Abend, sonntags und an Feiertagen den heutigen Lebensumständen angepasst werden. Notwendig ist auch die Verbesserung der Verknüpfung zwischen Bahnen und Bussen im ÖPNV. Bei weiteren Angeboten (z.B. Sammeltaxi, Kleinbusse etc.) wird das ÖPNV-Angebot dem Wettbewerb unterworfen.

Der ÖPNV in der Stadt (Busverkehr) muss für die derzeitigen und für die potentiellen Nutzer attraktiver und damit leistungsfähiger werden und dabei bezahlbar bleiben. Der Beirat der NVV wird sich künftig verstärkt um die Belange der Nutzer des ÖPNV kümmern.

Die Verkehrsleistung beim ÖPNV wird nicht verringert. Der öffentliche Personennahverkehr verbleibt beim Betreiber NVV.

Ein unabhängiges Gutachterbüro legt den Nahverkehrsplan mit einem Linienplan vor.

619
620 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude -fordern~~t~~ die Anbindung Mönchengladbachs an den
621 Schienenfernverkehr, und das nicht nur am Wochenende.

622
623 Wir wollen die Verbesserung der Taktfrequenz bei den Regionalexpress-Linien zur besseren
624 Anbindung an Rheydt. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einbeziehung
625 Mönchengladbachs in das Verkehrssystem Rhein-Ruhr-Express (RRX) ein.

626 Für die Einrichtung eines Haltepunktes Hochschule im bestehenden Liniennetz wird aus
627 städtischen Haushaltsmitteln eine verkehrstechnische Vorplanung beauftragt. Diese ist die
628 Grundlage für dann zu requirierende Fördermittel.

629
630 Der Mönchengladbacher Flughafen bietet Chancen für die Verkehrsanbindung des
631 Oberzentrums und für zusätzliche Arbeitsplätze. Sollte er sich jedoch als reines
632 Zuschussgeschäft für die Stadt erweisen, dann gibt es nach dem Willen der
633 | Gestaltungsmehrheit und OB Bude auch keinen Ausbau, sondern die Aufgabe des Flughafens
634 und ggf. die Nutzung als Gewerbepark.

635
636 Wir lehnen es ab, dass sich die Stadt direkt oder indirekt über die Stadtsparte der NVV an
637 nachhaltigen Verlusten des Verkehrsflughafens Mönchengladbach beteiligt. Bei Auslaufen
638 oder Nicht-Verlängerung des Ergebnisabführungsvertrages ist eine Entscheidung nötig. Dann
639 wird es einen Ausbau des Flughafens nur geben, wenn nach Anlaufverlusten ein Profit
640 erreichbar ist.

641

642

643 Wir gehen davon aus, dass sich auch die Haushaltslage für Mönchengladbach wie in allen
644 anderen Kommunen durch wegbrechende Einnahmen und erhöhte Ausgaben sowohl für das
645 laufende Haushaltsjahr wie auch für die mittelfristige Finanzplanung weiter dramatisch
646 verschlechtert.

647

648 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude vereinbaren, alle Anstrengungen zu unternehmen,
649 finanzielle Handlungsspielräume zurück zu gewinnen und neue zu erschließen. Wir werden
650 uns im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen dafür einsetzen, dass eine effiziente
651 und sparsame Aufgabenwahrnehmung erfolgt. Wir werden im Zuge der Haushaltsberatungen
652 alle notwendigen und sinnvollen Möglichkeiten der Einsparung von Haushaltsmitteln
653 wahrnehmen. Mit uns wird es keine stadtteilbezogenen Prestigeobjekte mehr geben. Alle
654 Investitionen müssen nachhaltig getätigt werden und zu einer Verbesserung der Haushaltslage
655 führen.

656 Dazu werden wir alle in der Finanzplanung beschlossenen Investitionen einer kritischen
657 Überprüfung unterziehen.

658

659 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude sprechen sich dafür aus, angesichts der zeitlichen
660 Gegebenheiten sowie der sichereren finanziellen Planungen für die Jahre 2010 und 2011
661 einen Doppel-haushalt zu verabschieden. Die Haushaltsberatungen sollen im ersten Halbjahr
662 2010 stattfinden. Die NKF-Eröffnungsbilanz wird im Dezember 2009 vorgelegt.

663

664 Wir werden uns auf allen Ebenen intensiv bemühen, eine Gemeindefinanzreform zu errei-
665 chen, die eine angemessene Ausstattung der Kommunen für die von ihnen wahrzunehmenden
666 Aufgaben gewährleistet.

667

668 Wir konzentrieren uns bei den Investitionen auf Sanierung und Substanzerhaltung.
669 Einsparungen von Betriebskosten und Raumflächen öffentlicher Gebäude stehen im
670 Vordergrund. Projekte, die durch eine Verbindung von Ökonomie und Ökologie der Stadt
671 finanzielle Handlungsspielräume erschließen, werden wir nutzen.

672

673 Wir werden die Gebührenhaushalte auf Einsparpotentiale untersuchen und dies zugunsten der
674 Gebührenzahler realisieren. Basis für das aktuelle Raumbedarfskonzept ist der nach heutigen
675 Standards ermittelte Raumbedarf für Büroarbeitsplätze. Moderne Raumnutzungskonzepte
676 sind ausdrücklich mit in die Planung einzubeziehen.

677

678 Wir wollen den Einstieg in den „Bürgerhaushalt“ im Bereich der Bezirke und des Rates durch
679 aktive Beteiligung der Bürger an der Haushaltsgestaltung sowie mehr Transparenz im „Neuen
680 Kommunalen Finanzmanagement (NKF)“ erproben. Der Bürgerhaushalt soll in einem
681 Pilotprojekt in einem Bezirkshaushalt getestet werden.

682

683 Wir wollen eine Änderung der Hauptsatzung dahingehend prüfen, dass alle Entscheidungen,
684 die örtlich begrenzte Auswirkungen haben, vor Ort im Rahmen eines eigenen Budgets durch
685 die Bezirksvertretungen entschieden werden.

686

687 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude wollen für die Zeit dieser Wahlperiode keine
688 Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer vornehmen. Die Erhöhung dieser Steuern würde die
689 Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft mindern und damit Arbeitsplätze gefährden.
690 Eine Steuererhöhung wäre somit kontraproduktiv. Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze

691 durch Ansiedlung von Betrieben schaffen zusätzliche Einnahmen und Entlastung bei den
692 Ausgaben der Stadt.



11 Personal, Verwaltung, „Konzern Stadt“

693
694
695
696
697
698
699
700
701
702
703
704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728
729
730
731
732
733
734
735
736
737
738
739
740
741
742
743

Die Stadt Mönchengladbach ist mit rund 3100 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber der Region. Die Beschäftigten haben in den letzten Jahren angesichts der äußerst angespannten Haushaltslage bereits erhebliche Beiträge zur Konsolidierung des städtischen Haushalts geleistet. Wir erkennen das ausdrücklich an. Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude werden wird—zukünftig eine permanente Aufgabenkritik und eine konsequente Qualitätssicherung städtischer Leistungen durchführen. Hierzu können auch externe Dienstleister eingesetzt werden.

Bis heute sind die städtischen Arbeitsplätze sicher. Wir wollen, dass dies so bleibt und schließen betriebsbedingte Kündigungen aus. Wir wissen aber auch, dass in einer finanziell noch schwierigeren Haushaltslage weiterhin Einsparungen notwendig sind, so dass bisherige Regularien notwendig bleiben.

Wir fordern, dass die Verwaltung ihre Dienstleistungsqualität fortlaufend verbessert. Entsprechende Konzepte für alle Dienstleistungsbereiche der Verwaltung sind zu entwickeln oder fortzusetzen. Konsequente Qualitätssicherung, Prozesskritik und eine zeitgemäße technische Ausstattung sind für uns unverzichtbar. Die Verwaltung soll sich dabei auch externen Sachverstands bedienen.

Die Personalpolitik und die Besetzung neuer Stellen orientiert sich an der Qualifikation der Bewerber. Dabei steht die Transparenz bei Ausschreibung und Besetzung im Vordergrund. Wir wollen, dass zukünftig bei gegebener Eignung Mitarbeiter mit interkultureller Kompetenz verstärkt eingestellt werden sollen.

Wir schreiben Bürgerservice groß. Die in den bisherigen Bezirksverwaltungsstellen vorgehaltenen Angebote und der Service für Bürgerinnen und Bürger werden klar definiert, geordnet und veröffentlicht. Dies gilt sowohl für den Bürgerservice als auch für die Bezirksverwaltungsstellen.

Wir setzen auf eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit und wollen, dass sich die Stadt am Projekt „Mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung“ beteiligt.

Der Oberbürgermeister vertritt die Stadt in den Gesellschafterversammlungen.

Wir wollen eine transparente Auftragsvergabe in den Gesellschaften. Der Aufsichtsrat muss von der Geschäftsführung bei Aufträgen ab einer zu bestimmenden Summe in Kenntnis gesetzt werden. Sofortige Information an den Aufsichtsrat soll bei Vergabe an Mitglieder des Rates, der Bezirksvertretungen oder des jeweiligen Aufsichtsrates erfolgen.

Grundstücksgeschäfte über einer Wertgrenze von 250.000 Euro sind dem Rat vorzulegen. Grundstücksgeschäfte innerhalb der Wertgrenze von 50.000 bis 250.000 Euro sind dem Finanzausschuss jährlich in einer aufgelisteten Zusammenstellung vorzulegen.

Die Strukturen der Abfallentsorgung sind dahingehend zu überprüfen, deutliche Gebühreneinsparungen zu erzielen.

Hinsichtlich der von der ehemaligen Ratsmehrheit beschlossenen Fusion der städtischen Gesellschaften EWMG, WFMG sowie MGMG soll aktuell nochmals der Sachverstand der Verwaltung hinzugezogen werden. Unter Berücksichtigung aller (steuer-) rechtlichen sowie

744 Kostenauswirkungen und unter Beteiligung der privaten Gesellschafter in der WFMG soll
745 dann erneut entschieden werden, ob eine und welche Fusion sinnvoll und vorteilhaft ist.
746
747 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude beabsichtig~~ent~~, die städtischen Wohnungsbaufirmen
748 mit dem Ziel größerer Effizienz zusammenzulegen. Wie dies geschehen soll, muss rechtlich
749 | geprüft werden. Dabei ~~ist~~-sind sich die Gestaltungsmehrheit und OB Bude einig, dass die
750 Gesellschaften wie bisher in kommunaler Trägerschaft verbleiben sollen, um die sozialen
751 Ziele zu gewährleisten.
752
753 Wir wollen die Satzung der Stadtparkasse so fassen, dass die Bildung von Trägerkapital
754 ausgeschlossen bleibt.

12 Rat, Ausschüsse, Gremien

755
756
757
758
759
760
761
762
763
764
765
766
767
768
769
770
771
772
773
774
775
776
777
778
779
780
781
782
783
784
785
786
787
788
789
790
791
792
793
794
795
796
797
798
799
800
801
802
803
804
805

Die politischen Mandatsträger sollen sich freiwillig verpflichten, ihr Einkommen aus Aufwandsentschädigungen von Rat oder Bezirksvertretungen, Aufsichtsrats-, Beirats- oder Verwaltungsratsstätigkeit aus städtischen Gesellschaften sowie den geltend gemachten Verdienstaufschlag für Tätigkeiten im Rahmen des Mandates jährlich zu veröffentlichen, sofern kein geltendes Recht dem entgegensteht.

Es werden weiterhin zwei Bürgermeister als Stellvertreter des Oberbürgermeisters gewählt.

Die Geschäftsordnung des Rates wird im Hinblick auf dessen Sitzungskultur kritisch überprüft. Wir laden alle Ratsfraktionen ein, neue, gemeinsame Sitzungsregeln zu verabreden, die die Sitzungen effizienter gestalten. Die Willensbildung im Rat als Bürger zu verfolgen, sollte Anreiz zur Beteiligung an kommunaler Politik und nicht zur Politikverdrossenheit beitragen.

Die Sitzungszeiten der Fachausschüsse werden so angelegt, dass es auch Berufstätigen möglich ist, sich als Ausschussmitglied oder –besucher an kommunaler Politik zu beteiligen. Ein Nebeneffekt der Verlagerung in den späten Nachmittag kann zudem eine Senkung der Aufwendungen für Verdienstaufschlag der Ausschussmitglieder sein.

Die Zahl der Mitglieder der Fachausschüsse wird von 23 ordentlichen Mitgliedern auf 19 reduziert.

Wir richten neu den „Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen“ ein. Dazu soll der Finanzausschuss aus dem bisherigen Hauptausschuss herausgelöst werden. Die Neueinrichtung ist für die Gestaltungsmehrheit und OB Bude eine Reaktion auf die dramatisch schlechte Haushaltslage. Die richtigen Antworten auf die Einnahmeverluste sowie die erhöhten Ausgaben wollen wir wieder in einem eigenständigen Finanzausschuss beraten. Wir wollen aber auch die städtischen Gesellschaften und Beteiligungen der Beratung in einem Ratssausschuss unter dem Gesichtspunkt der Steuerung und finanziellen Beteiligung unterziehen.

Der Personalausschuss wird nicht mehr gebildet. Seine Aufgaben werden vom Hauptausschuss wahrgenommen.

Der neue Rat wird keine Innenstadt- und keine Informations- und Kommunikationstechnologie-Kommission (IuK-Kommission) bilden.

Die Zahl der stellvertretenden Bezirksvorsteher der neuen, vergrößerten Bezirksvertretungen wird auf 2 festgelegt.

Die Bezirksvertretungen und Bezirksvorsteher erhalten angemessene Arbeitsbedingungen und Repräsentationsmittel. Statussymbole wie Dienstfahrzeuge sind ausgeschlossen.

Die Grünen haben das Vorschlagsrecht für das Dezernat VI Planen. Die Dezernentin / der Dezernent wird nebenamtliche/r Geschäftsführer/in der EWMG.

Die FDP erhält das Vorschlagsrecht für das Dezernat II Finanzen. Stadtdirektor Kuckels wird als Kämmerer und Stadtdirektor wiedergewählt.

806 Die SPD erhält das Vorschlagsrecht für die nächsten beiden frei werdenden Dezernate.
807
808 Die CDU soll mit einem Mitglied im Verwaltungsvorstand vertreten sein.
809
810 Die Kooperationspartner verpflichten sich, die Vereinbarungen über Vorschlagsrechte für
811 Dezernenten über die gesamte Ratsperiode einzuhalten.
812
813 | Die Gestaltungsmehrheit und OB Bude sind~~ist~~ sich einig, dass die vorgeschlagenen
814 Kandidatinnen und Kandidaten alle erforderlichen Qualitätsanforderungen erfüllen müssen.
815
816 Die Ausschussvorsitzenden werden nach einer gemeinsamen Liste im Zugriffsverfahren
817 verteilt. Drei Vorsitze gehen an die SPD, jeweils einer an Bündnis 90/Die Grünen und die
818 FDP.

Organisation der Zusammenarbeit

1. Kooperationsorgane

1.1. Der Kooperationsrat

- Der Kooperationsrat ist dienstleistend und vorbereitend verantwortlich für die Zusammenarbeit von SPD, Bündnis 90/DieGrünen ~~und FDP~~, FDP und OB Bude.
- Er koordiniert die laufenden Geschäfte der Fraktionen.
- Die Einberufung erfolgt nach Bedarf durch die Fraktionsgeschäftsführer.
- Der Kooperationsrat setzt sich zusammen aus den Fraktionsvorsitzenden, im Verhinderungsfall den Stellvertretern und den Fraktionsgeschäftsführern.

1.2. Die Kooperationsrunde

- Die Kooperationsrunde berät im Vorlauf eines Ratszuges auf Einladung durch den Kooperationsrat die aktuellen Anträge, Vorlagen und Beschlussfassungen.
- Sie unterbreitet den Fraktionsvorständen und den Fraktionen Vorschläge zur Beschlussfassung.
- Die Kooperationsrunde setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Fraktionen, einem Stellvertreter und den Ausschusssprechern, dem OB, den der Kooperation zuzurechnenden Dezernenten sowie den Fraktionsgeschäftsführern. Bei Bedarf können weitere Vertreter hinzu geladen werden.

1.3. Der Kooperationsausschuss

Der Kooperationsausschuss wird einberufen,

- falls durch die Beratungen im Kooperationsrat, in der Kooperationsrunde, den Fraktionsvorständen und den Fraktionen kein Konsens über Beratungspunkte erzielt werden konnte;
 - nach Bedarf zur Fortschreibung und Konkretisierung der Inhalte der gemeinsamen Zusammenarbeit von SPD, Bündnis 90/DieGrünen ~~und FDP~~, FDP und OB Bude;
 - durch die Fraktionsvorsitzenden nach entsprechenden Beschlüssen in den jeweiligen Fraktionsvorständen oder den Fraktionen;
- Der Kooperationsausschuss setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Fraktionen und zwei weiteren Fraktionsmitgliedern, drei Vertretern der Parteivorstände, dem Oberbürgermeister, den den Fraktionen zuzurechnenden Dezernenten sowie den Fraktionsgeschäftsführern.

864

865 2. Regeln der Zusammenarbeit

866

867 2.1. Die Fraktionsvorsitzenden und –sprecher auf allen Ebenen, Fraktionsvorstände und
868 Ausschusssprecher der Kooperationspartner arbeiten gleichberechtigt zusammen.

869 2.2. Die drei Fraktionen vereinbaren, auf allen Ebenen ihre gemeinsamen konzeptionellen
870 wie strategischen Absprachen mit Mitgliedern der Verwaltung nur nach vorheriger
871 Ankündigung und im Beisein der Kooperationspartner zu treffen.

872 2.3. Zu Beginn eines Ratszuges informieren Oberbürgermeister und die den
873 Kooperationspartnern zuzurechnenden Dezernenten die Fraktionsvorstände über alle zur
874 Beratung und Entscheidung vorgesehenen Vorhaben.

875 2.4. Die Kooperationspartner vereinbaren, in allen Gremien einheitlich abzustimmen.
876 Wechselnde Mehrheiten sind grundsätzlich ausgeschlossen. Eine Abstimmung mit
877 erkennbar wechselnden Mehrheiten beendet die Zusammenarbeit.

878 2.5. Ausnahmen von der Verpflichtung zur einheitlichen Abstimmung müssen vor der
879 jeweiligen Abstimmung einvernehmlich vereinbart werden.

880 | 2.6. SPD, Bündnis 90/DieGrünen ~~und FDP~~, FDP und OB Bude sichern sich gegenseitig zu,
881 im Einvernehmen jeweils eigene Anträge und Initiativen im Rat und allen Gremien und
882 Ausschüssen einbringen zu können.

883 2.7. Sollten sich die unter Punkt 13 dieser Vereinbarung aufgeführten Gremien bzw. Regeln
884 als unpraktikabel erweisen, werden die Kooperationspartner einvernehmlich eine
885 entsprechende Anpassung vornehmen.